

Niederschrift
der 37. Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 22.01.2014
Beginn: 15:00 Uhr
Ende 15:40 Uhr
Raum: Beratungsraum 103, Heilgeiststr. 63 Hansestadt Stralsund

Anwesend:

Vorsitzende/r

Frau Andrea Steinmetz

Mitglieder

Frau Kerstin Chill
Frau Martina Fränk
Herr Peter Hülse
Herr Kurt Pagels
Herr Thoralf Pieper

Protokollführer

Herr Dieter Sachon

von der Verwaltung

Frau Marianne Ehrke

Tagesordnung:

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 36. Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses vom 20.11.2013
- 3 Öffentliche Angelegenheiten
 - 3.1 Beratung zu aktuellen Themen
 - 3.1.1 Abrechnung des Rechnungsprüfungsamtes zum Prüfplan 2013 und Auswertung von Prüfungsergebnissen
 - 3.1.2 Sachstand des Rechnungsprüfungsamtes zur Prüfung der Eröffnungsbilanz 01.01.2011
 - 3.2 Verschiedenes
- 5 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung: Frau Steinmetz leitet die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Frau Steinmetz bittet um Wortmeldungen und Ergänzungen zur vorliegenden Tagesordnung. Es liegen keine Wortmeldungen vor; die Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 36. Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses vom 20.11.2013

Frau Steinmetz bittet um Anmerkungen, Ergänzungen oder Fragen zur o. g. Niederschrift. Herr Pagels bittet um Änderung seiner Anmerkungen unter TOP 4.2.1. wie folgt
„Herr Pagels betont, dass er keineswegs Kritik an den Feststellungen des Rechnungsprüfungsamtes äußern wolle, jedoch ihm die Bewertung einiger festgestellter Tatsachen als zu eng erscheine“.

Inklusive der Änderung wird das Protokoll mit **4 Zustimmungen** und **2 Enthaltungen** beschlossen.

zu 3 Öffentliche Angelegenheiten

zu 3.1 Beratung zu aktuellen Themen

zu 3.1.1 Abrechnung des Rechnungsprüfungsamtes zum Prüfplan 2013 und Auswertung von Prüfungsergebnissen

Frau Steinmetz übergibt das Wort an Frau Ehrke.

Frau Ehrke teilt mit, dass seit der letzten Ausschusssitzung vom 20.11.2013 die Prüfung von 8 Verwendungsnachweisen ohne wesentliche Beanstandungen abgeschlossen worden ist. Des Weiteren ergaben unvermutete Kassenprüfungen in diversen Schulen und Ämtern ebenfalls keine wesentlichen Beanstandungen.

Die jährlich stattfindende Prüfung der Stadtkasse und Zahlstelle ergab 25 Beanstandungen und 4 Wiederholungsbeanstandungen. Im vergangenen Jahr waren es 16 Beanstandungen gesamt.

Frau Ehrke erläutert, dass zum Prüfungsumfang, neben der Bargeldbestandsaufnahme, eine umfangreiche Belegprüfung am Stichtag der Prüfung gehört.

Dabei wird auf der Grundlage des § 31 der Gemeindekassenverordnung–Doppik M-V, der den Inhalt einer Kassenprüfung regelt, geprüft, ob unter anderem die Anforderungen an Zahlungsanordnungen erfüllt sind, der Vorgang sachlich und rechnerisch richtig vom zuständigen Mitarbeiter gezeichnet wurde, die Zahlungsanordnung durch den jeweils zuständigen Leiter erfolgte und die Zahlung zur Fälligkeit unter Beachtung von Skonti geleistet wurde.

Von den am Prüfungstag vorliegenden 96 Belegen erfolgte eine stichprobenartige Prüfung von 64 Belegen, bei denen es bei jedem dritten Beleg zu Beanstandungen kam.

Bei 16 Belegen erfolgte die Zahlung nicht zur Fälligkeit, weil das jeweilige Fachamt es versäumte, dafür Sorge zu tragen, dass die Vorgänge rechtzeitig der Stadtkasse vorlagen.

Bei 4 Belegen waren keine Skonti genutzt oder nicht richtig angewandt.

In Auswertung der Bestandsaufnahme des Bargeldes in der Zahlstelle des Ordnungsamtes trat eine Differenz von 2,00 Euro auf.

Herr Hülse erkundigt sich nach der Verfahrensweise bei Minusdifferenzen.
Frau Ehrke verweist auf die in der Gemeindekassenverordnung–Doppik M-V im § 24 getroffene Regelung, Differenzen sechs Monate im Buchwerk darzustellen und, wenn sie in diesem Zeitraum nicht geklärt werden konnten, erfolgswirksam auszubuchen.
Im Weiteren wird im Ergebnis der Prüfungen erneut auf die notwendigen Überarbeitungen der Dienstanweisungen auf die bereits seit drei Jahren praktizierte Doppik hingewiesen.
Der Prüfbericht ist allen Ämtern mit der Bitte um Stellungnahme bis zum 28.02.2014 zur Verfügung gestellt worden.

Auf die Frage von Herrn Hülse, wie bei Nichteinhaltung des Termins verfahren wird, erläutert Frau Ehrke, dass dann gemahnt wird und es bei weiterer Nichtbeachtung gegebenenfalls zu einer Wiederholungsbeanstandung im Folgejahr kommt. Der Bericht war auch Bestandteil einer Beratung des OB mit den Amtsleitern.

Frau Steinmetz interessieren die Ursachen für die erhöhte Anzahl von Beanstandungen. Dazu antwortet Frau Ehrke, dass diese Prüfung ein breiteres Spektrum abdeckte und auch die Stichprobenanzahl erhöht wurde.

Abschließend führt Frau Ehrke an, dass durch das Rechnungsprüfungsamt seit der letzten Ausschusssitzung Mitzeichnungen von Stundungen, Niederschlagungen bzw. Erlassen erfolgten. Ebenso wurden Stellungnahmen zu Dienstanweisungen und Vorlagen abgegeben. Eine Sonderprüfung der Betriebe gewerblicher Art ist noch in laufender Bearbeitung.

zu 3.1.2 Sachstand des Rechnungsprüfungsamtes zur Prüfung der Eröffnungsbilanz 01.01.2011

Frau Steinmetz bittet Frau Ehrke um entsprechende Ausführungen.

Frau Ehrke verweist auf das Schreiben an das Innenministerium zum Stand der Arbeiten zur Eröffnungsbilanz 2010, dass den Ausschusssmitgliedern zugegangen ist.

Von den 38 vorliegenden Arbeitspaketen sind 12 geprüft. Bei den beiden, seit der letzten Sitzung abgeschlossenen Arbeitspaketen handelt es sich um das Arbeitspaket 17 – Volkshochschule und Arbeitspaket 31 – Rückstellung Wertpapiere.

Das Arbeitspaket 25 – Rückstellungen aus Steuerschuldverhältnissen ist dem Rechnungsprüfungsamt noch nicht zur Prüfung übergeben worden. Somit liegen derzeit 25 Arbeitspakete vor und befinden sich in überwiegender Anzahl in der Prüfung.

An Hand des Arbeitspaketes 21 – Rückstellungen für Personalaufwendungen erläutert Frau Ehrke die stetige Überarbeitung. Derzeitig ist die Prüfung dieses Arbeitspaketes im Wesentlichen abgeschlossen.

Durch laufende Überarbeitung konnte auch beim Arbeitspaket 01 – Grundstücke die aufgetretene Fehlerquote gesenkt werden. Dieses ist Ergebnis der erhöhten Stichprobenanzahl von 10 auf 22 %. Zurzeit sind von ca. 8.500 Bewertungen von Grundstücken ca. 1.900 überprüft.

Herr Hülse erkundigt sich, ob zusätzliches Personal für die Erarbeitung der Eröffnungsbilanz eingestellt worden ist. Frau Ehrke kann lediglich bestätigen, dass im Zentralen Gebäudemanagement ein Kollege, der vor seinem Ruhestand mit Aufgaben zur Bewertung beschäftigt war, wieder befristet in den aktiven Dienst geholt worden ist.

Auf die Frage von Herrn Hülse, nach dem Bestand des Termins 30.06.2014, erklärt Frau Ehrke dass dies den Mitarbeitern des Rechnungsprüfungsamtes nicht bekannt ist.

Frau Fränk begrüßt die Erhöhung der Stichproben.

Frau Steinmetz interessiert, ob Änderungen der Eröffnungsbilanz nach Beschluss durch die Bürgerschaft erneut durch diese zu beschließen sind. Darauf weist Frau Ehrke auf die dazu notwendigen Festlegungen von Wesentlichkeitsgrenzen, zum Beispiel in der Hauptsatzung hin.

Herr Sachon ergänzt, dass derzeitig noch nicht beurteilt werden kann, wie sich z.B. die erforderliche Minderung in der Anrechnung der Versicherungssummen für Kulturgüter um 50 % oder 15 Mio. Euro auf das Gesamtergebnis auswirkt.

Herr Pagels möchte den Unterschied zwischen Gebäuden und Bauwerken wissen. Frau Ehrke sichert ihm die Übergabe der entsprechenden Definitionen mit diesem Protokoll zu.

zu 3.2 Verschiedenes

Es liegt kein Beratungsbedarf vor.

zu 5 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Frau Steinmetz stellt die Öffentlichkeit wieder her und beendet um 15:40 Uhr die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses.

gez. Andrea Steinmetz
Vorsitzender

gez. Dieter Sachon
Protokollführung